

Alles ist möglich

Bei der Justiz in Kiel gibt es Krach um den Tod Uwe Barschels: Der Generalstaatsanwalt will nun das Ermittlungsverfahren endgültig begraben.

Kurz vor Feierabend, am vergangenen Mittwoch um 15.55 Uhr, meldete sich Heribert Ostendorf bei einem Untergebenen. Kühl und knapp teilte der Schleswiger Generalstaatsanwalt dem Chef der Lübecker Staatsanwaltschaft, Heinrich Wille, mit, daß dessen Behörde die Ermittlungen im Todesfall Uwe Barschel abgeben müsse: „Wir übernehmen das.“

Anderntags unterrichtete Ostendorf vertraulich die innen- und rechtspolitischen Sprecher des Kieler Parlaments. Die seit gut zwei Jahren dauernden Ermittlungen der Lübecker hätten, so seine Begründung, „keine konkreten Spuren ergeben“. Es sei auch nichts Aufregendes mehr zu erwarten, „nur Nebel“. Seine Behörde werde den Fall in etwa drei Monaten erledigen. Den neuen Sachbearbeiter, einen Oberstaatsanwalt, hatte er gleich mitgebracht.

Der Kieler Justiz-Staatssekretär Wulf Jöhnk, ein ehemaliger Richter: die Entscheidung sei „fachlich in Ordnung“. Das Ministerium mische sich nicht ein. „Den politischen Sturm“, versprach Jöhnk, „halten wir aus.“

Von wegen. Was da im Saal 138 des Kieler Landtags besprochen wurde, war bester Stoff für eine Politaffäre. Ministerpräsidentin Heide Simonis wurde daheim in Bordesholm alarmiert, und aus Bonn eilte Kiels Justizminister Gerd Walter (SPD) zu einer Krisensitzung herbei.

Vieles hat es in dem Verfahren um den Tod des Ex-Ministerpräsidenten Barschel mit dem alten Aktenzeichen 705 Js 33247/87 schon gegeben. Aber ein sozialdemokratischer Generalstaatsanwalt, der einfach mal so diesen heiklen Fall beenden wollte, hatte noch gefehlt.

Dabei wuchern schon genug Mythen und Verschwörungstheorien über das Ende des CDU-Politikers. Vor knapp neun-einhalb Jahren, am 11. Oktober 1987, wurde Uwe Barschel tot in einer Badewanne des Genfer Hotels Beau-Rivage gefunden.

Die lässig ermittelnden Schweizer Behörden attestierte Selbstmord, aber all die Jahre gingen die Spekulationen und das Geraune um einen gewaltsamen Tod des Uwe Barschel weiter.

Ende 1994 gründete die Lübecker Staatsanwaltschaft eine eigene „Ermittlungsgruppe Genf“. Die Arbeitshypothese in der größten politischen Kriminalaffäre der deutschen Nachkriegsgeschichte lautete fortan: Fremdverschulden, vulgo Mord.

Allen auch nur halbwegs möglichen Theorien gehen seitdem die Lübecker Beamten mit deutscher Akribie nach. Dutzende ehemaliger Stasi-Offiziere wurden vernommen. Mitarbeiter von DDR-Waffenfirmen kamen ins Visier, und auch Embargo-Geschäfte der DDR wurden auf eine mögliche Beteiligung Barschels durchleuchtet. Ergebnis: Nach heutigem Stand gibt es keinen seriösen Hinweis auf eine Verstrickung der Brüder aus dem Osten.

In Scharen meldeten sich Tipgeber. Inzwischen hat die Liste der möglichen Täter epidemische Ausmaße erreicht.

Aus Sorge, die Nadel im Heuhaufen nicht zu finden, gingen die Lübecker allem und jedem nach. Doch von mancher Theorie haben sich die Fahnder allerdings inzwischen verabschiedet. Die These etwa, Barschel sei mit einer Sonde tödlicher Stoff zugeführt worden, ist inzwischen Makulatur. „Zu banal“, sagt Wille.

Eins steht für die Ermittlungsgruppe Genf fest: daß es sich um einen raffiniert getarnten Mord handelt. Die Er-

beachtet gebliebenen Kleinigkeiten: Die merkwürdigen Flecken auf einem Badevorleger elektrisierten die Fahnder, und warum lag im Vorraum des Badezimmers ein zerknautschtes Handtuch?

Generalstaatsanwalt Ostendorf beeindrucken derlei Indizien nicht. „Wir gehen das Risiko ein, daß wir einen Mörder suchen, ohne daß es ein Motiv gegeben hat“, erklärte er schon im Herbst 1995.

Zwischen Wille und Ostendorf, die früher einmal in sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften nebeneinander saßen und befreundet waren, ist der Graben immer tiefer geworden. Der Wunsch der Lübecker, den früheren iranischen Staatspräsidenten Abol Hassan Banisadr nach Verwicklungen der Ajatollahs zu befragen oder den deutschen Privatdetektiv Werner Mauss im kolumbianischen Gefängnis nach seiner möglichen Verwicklung in den Fall Barschel, löste bei Ostendorf Verärgerung aus.

Genüßlich kolportieren Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft, daß die Lübecker sogar den ehemaligen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) befragen wollten, weil der jüngst im Fernsehen einen Mordverdacht geäußert hatte. Das Material sei „dicht“, hatte Zimmermann orakelt.

Zur Klimaverbesserung trug auch nicht bei, daß sich al-lenthalben Vertreter wichtiger Behörden über die ruppige Gangart der Wille-Truppe beschwerten, etwa als die Lübecker die Berliner Gauck-Behörde nach Barschel-Material durchsuchten.

Als Wille in einer „Report“-Sendung einmal mehr den Bundesnachrichtendienst kritisierte und erklärte, daß „zu gegebener Zeit noch einmal“ kritisch zu prüfen sei, ob der BND die Behörden im Fall Barschel ausreichend unterstützt habe, wurde Ostendorf von BND-Chef Hans-Jörg Geiger gebeten, „sicherzustellen, daß derartige unsubstantiierte Vorwürfe nicht wiederholt werden“. Eine Durchschrift seiner Beschwerde schickte er ans Kanzleramt.

Während die Lübecker schon die Akten sortierten, um den Fall Barschel abzugeben, bremste Justizminister Walter Ende letzter Woche seinen Generalstaatsanwalt aus.

In zwei Monaten soll Ostendorf jetzt einen Bericht über den Fall Barschel vorlegen. Danach soll entschieden werden, ob und wie und mit wem es dann weitergeht.

Eine Prognose über das endgültige Ende der Barschel-Affäre ist riskant: Im Fall 705 Js 33247/87 scheint alles möglich. ♦



Barschel (1987)



Staatsanwalt Wille: Mythen und Geraune

mittler verweisen auf wissenschaftliche Gutachten. Zwei Untersuchungen sind noch unveröffentlicht, sollen aber bald präsentiert werden. Doch alle Expertisen sind umstritten. In Lübeck wurde schon ein Runder Tisch für Wissenschaftler vorbereitet.

Ein sorgfältig ausgetüftelter Tatortfundbericht liegt vor – mit neuen, früher un-